

Pressemitteilung: Sichere Herkunftsstaaten: Grüne knicken in der Asylpolitik
erneut ein

„Die Einstufung von Moldau und Georgien als sichere Herkunftsstaaten bedeutet eine dramatische Schwächung der Asyl- und Menschenrechte. Schon das Verfahren ist eine Zumutung: Die Tagesfrist des Innenministeriums für die Verbände zur Stellungnahme zum Referentenentwurf signalisiert das absolute Desinteresse der Ampel an sachverständigen und fachkundigen Einschätzungen zum Thema. Es geht schlicht um die Durchsetzung einer vor allem auf Wunsch der FDP beschlossenen Symbolpolitik. Im Koalitionsvertrag lässt sich die jetzt geplante Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten nicht finden, umso unverständlicher ist das Einknicken der Grünen“, kommentiert Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag den bekannt gewordenen Referentenentwurf des BMI zur Einstufung von Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten. Bünger weiter:

„Ein erhebliches Sicherheitsrisiko für queere Menschen sowie eine systematische Diskriminierung von Roma führen die Einstufung der beiden Staaten als „sicher“ ad absurdum; die Einstufung steht übrigens auch im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Statt einer Beschleunigung der Verfahren und Beschränkung der Rechte der Betroffenen ist eine sorgfältige Prüfung der Einzelfälle angesagt.

Mit der Einstufung ist zudem keine deutliche Verfahrensbeschleunigung zu erwarten: Schon jetzt werden die allermeisten Asylanträge von Menschen aus Georgien und Moldawien als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt – mit der Folge sehr eingeschränkter Rechtsmittel. Die Asylverfahrensdauer bei Asylsuchenden aus Moldawien bzw. Georgien mit 1,7 bzw. 2,9 Monaten (2022) ist extrem kurz.

Statt weitere Länder als angeblich sicher zu bezeichnen, sollten mindestens der Senegal und Ghana schleunigst von der Liste wieder runtergenommen werden: Auch hier gibt es eine massive Verfolgung queerer Menschen. Die bereinigte Schutzquote von Asylsuchenden aus dem Senegal lag im letzten Jahr 2022 bei 16,4 Prozent.

Statt permanente Rechtsverschärfungen in Deutschland und auf EU-Ebene mitzutragen, sollten sich die Grünen ihre Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag noch einmal vor Augen führen! DIE LINKE ist grundsätzlich gegen das Konzept sicherer Herkunftsstaaten, weil es ein Asylverfahren zweiter Klasse für Menschen aus bestimmten Ländern vorsieht.“